
Die Leiter der staatlichen Chemiekombinate im mitteldeutschen Raum – Interessenvertreter ihrer Belegschaften im Rahmen der SED-Wohnungspolitik in den 1960er Jahren

Kathy Hannemann



Kathy Hannemann, M. A., geb. in der Lutherstadt Wittenberg. Studium der Mittlere und Neueren Geschichte, Kunstgeschichte sowie Allgemeiner und Vergleichender Literaturwissenschaft in Leipzig und Halle,

2008 Magister Artium; seit 2009 Promotionsvorhaben an der Universität Leipzig „Handlungsspielräume und Interessenkonflikte im Bezirk - Die SED-Wohnungspolitik im Bezirk Halle zwischen Mauerbau und Mauerfall“ als Teil eines Gruppenforschungsprojektes „Die SED zwischen Mauerbau und Mauerfall“ der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte.

Abstract

The following contribution focusses on the directors and managements of big chemical plants in the 1960s, as they belonged to the economic and functional elites of the GDR. Starting out from the significance of the region's chemical industry, their leading cadres are group-specifically located, their integration into the system of planned economy is characterized, and their tasks in the context of the SED's housing policy are described. In the 1950s and 1960s, in the GDR the building of new flats was exclusively considered a tool for the promotion of economy, which is demonstrated by the example of the District of Halle. In this context, the plant directors were important actors in the struggle for the scarce commodity of housing space, as they represented the interests of their plants and employees. Their behaviour and negotiation strategies are in the focus of the study.

I. Einleitung

Mithilfe der sowjetischen Besatzungsmacht war es der SED nach ihrer Gründung 1946 gelungen, sich als staatstragende Partei in der SBZ/DDR zu etablieren. In ihrem Selbstverständnis als „Avantgarde der Arbeiterklasse“ und als politische Machtelite beanspruchte sie für sich die Führungsrolle in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in der DDR. Neben der Politik spielte für die Parteiführung hierbei von Anfang an die Wirtschaft eine herausragende Rolle. Unter Anleitung der sowjetischen Besatzungsmacht machte sich die SED nach ihrer Gründung daran, die bürgerlichen Besitzverhältnisse in Industrie und Wirt-

schaft aufzubrechen. Verstaatlichungen und Sequestrationen unter dem Deckmantel der Entnazifizierung führten zu grundlegenden Veränderungen in den Besitzverhältnissen. Es kam zur Einführung planwirtschaftlicher Methoden in Industrie und Wirtschaft. Der Aufbau einer autarken Wirtschaft wurde als Ausgangsbedingung für eine erfolgreiche Entwicklung der DDR verstanden. Mit ihrer Hilfe sollte der Aufbau des Sozialismus schnell vorangetrieben, die Überlegenheit des eigens installierten Systems demonstriert und gleichzeitig die SED-Herrschaft legitimiert werden.

In diesem Zusammenhang spielten die Werks- und Betriebsleitungen der Wirtschafts- und Industrieunternehmen von Anfang an eine wichtige Rolle. Am Beispiel der Kombinatdirektoren und Betriebsleitungen der großen Chemiebetriebe im mitteldeutschen Raum wird deren Stellung als wirtschaftliche Funktionseleite in der DDR untersucht. Im zentralstaatlich ausgerichteten, planwirtschaftlichen System hatten sie in allerster Linie die Erfüllung der Wirtschaftspläne zu sichern. In ihrem Selbstverständnis als Kombinatdirektoren und Werksleiter verfolgten sie jedoch häufig auch betriebseigene Interessen. Diese werden anhand der Wohnungsversorgung der Großbetriebe im Bezirk Halle während der 1960er Jahre verdeutlicht. Im Rahmen der von der Partei betriebenen Wohnungsbaupolitik der 1960er Jahre traten die Kombinatdirektoren und Betriebsleitungen der Chemieunternehmen häufig als Interessenvertreter für die wohnungspolitischen Belange ihrer Belegschaften auf, was zu verschiedenen Interessenskonflikten zwischen den Wirtschaftsfunktionären und den übergeordneten staatlichen Verwaltungsorganen, die sowohl für den Wohnungsneubau als auch für dessen Vergabe zuständig waren, führte. Die Verhaltensweisen und Verhandlungsstrategien der Wirtschaftseliten gegenüber übergeordneten staatlichen Organen stehen hierbei im Vordergrund der Untersuchung.

II. Die chemische Industrie im mitteldeutschen Raum

Die chemische Industrie prägte das wirtschaftliche Antlitz des mitteldeutschen Raumes bereits während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die reichhaltigen Braunkohle-, Kalisalz- und Schwefelkiesvorkommen, gepaart mit dem Wasserreichtum der Flüsse Elbe, Saale und Mulde sowie einem relativ geringen Arbeitslohniveau hatten maßgeblich dazu beigetragen, dass sich im Zuge der Industrialisierung in den 1890er Jahren moderne chemische Großunternehmen im mitteldeutschen Raum ansiedelten.¹ Bereits zu dieser Zeit wurden die

1 Vgl. Friederike Sattler, Unternehmensstrategien und Politik. Zur Entwicklung der mitteldeutschen Chemieindustrie im 20. Jahrhundert – Zum Stellenwert von Unternehmensstrategien für die Unternehmensgeschichte. In: Hermann Rupieper/Friederike Sattler/Georg Wagner-Kyora (Hg.), Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert, Halle (Saale) 2005, S. 119–175, hier 122.

Grundsteine für das wirtschaftliche Gepräge der Region gelegt. Die Verwendung chemischer Erzeugnisse (Sprengstoff, Treibstoff, Kampfgase usw.) in der Rüstungsindustrie sowie strategische Überlegungen zur Luftsicherheit bescherten den Chemiestandorten während beider Weltkriege zusätzlichen Aufschwung. Beispielsweise begann die BASF 1916 mit dem Aufbau eines Ammoniakwerkes in der Nähe von Merseburg – den späteren Leuna-Werken – als dem bis dahin größten Investitionsprojekt der deutschen Chemieindustrie.² Die Errichtung des Synthesekautschukwerkes – der BUNA-Werke GmbH – in Schkopau 1936 bot ein Beispiel für die rege Investitionstätigkeit im Zuge der nationalsozialistischen Kriegsvorbereitung in den 1930er Jahren. Darüber hinaus kam es aber auch an anderen Chemiestandorten im mitteldeutschen Raum, wie beispielsweise in Bitterfeld, zur Umstellung der Produktionspalette auf die Rüstungsindustrie. Die Produktion wurde hierbei selbst noch während des Krieges weiter ausgebaut.³

Insgesamt gesehen entwickelte sich das mitteldeutsche Chemiedreieck während des Zweiten Weltkrieges zum Produktions- und Investitionsschwerpunkt des IG Farbenkonzerns. Die Region Bitterfeld-Wolfen-Schkopau-Merseburg wurde zum Hauptproduzenten der Grundstoffchemie ausgebaut.⁴ An diese Entwicklung knüpfte die SED im Rahmen der eigenen wirtschaftspolitischen Ziele nach 1954 an.

Die massiven Kriegsverstrickungen der IG Farben AG⁵ veranlassten die alliierten Siegermächte nach der Besetzung des Deutschen Reiches zu dem Beschluss, den Konzern aufzulösen. In der SBZ erfolgte unter der sowjetischen Besatzungsmacht (SMAD) eine gezielte Übernahme der dort befindlichen Konzernteile unter eigene Kontrolle. Zugleich wurde mit umfangreichen Demontagen der Industrieanlagen begonnen. Hiervon waren die Leuna-Werke als größter Chemiebetrieb in der SBZ am stärksten betroffen.⁶

Diese Vorgehensweise stellte sich jedoch relativ schnell als wirtschaftlich kontraproduktiv heraus, weswegen die sowjetische Besatzungsmacht Mitte des Jahres 1946 von ihrer laufenden Demontagespolitik abrückte. Stattdessen ging sie zur Wiederinstandsetzung der Produktionsstätten über, um die geforderten Reparationen fortan aus der laufenden Produktion in der SBZ zu entnehmen. Hierfür überführte die SMAD unter anderem auch die chemischen Betriebe in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG), d. h. rund 90 % der chemischen Industrie-

2 Vgl. ebd.

3 Vgl. ebd., S. 141 ff. Siehe auch Joseph Borkin, *Die unheilige Allianz der IG Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 1990.

4 Vgl. ebd., S. 135 ff.

5 Siehe hierzu ausführlich: Borkin, *Die unheilige Allianz*. Siehe auch: „... von Anilin bis Zwangsarbeit.“ *Der Weg eines Monopols durch die Geschichte – Zur Entstehung und Geschichte der deutschen chemischen Industrie. Eine Dokumentation der Bundesfach-Tagung der Chemiefachschaften (BuFaTa Chemie)*, Ulm 2007.

6 Vgl. Werner Abelshausen, *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*, München 2004, S. 385, 386. Siehe auch Sattler, *Chemieindustrie*, S. 180.

betriebe des mitteldeutschen Raumes blieben für Jahre den sowjetischen Industrieministerien unterstellt und produzierten vorrangig Reparationsgüter für die Sowjetunion.⁷ Dieser Prozess setzte sich noch in den Jahren nach 1954 fort, bis auch die letzten SAG-Betriebe der chemischen Industrie wie die Leuna- und Buna-Werke, die AGFA-Filmfabrik Wolfen, die Farbenfabrik Wolfen sowie das Stickstoffwerk Piesteritz in den staatlichen Besitz der DDR übergingen.⁸

III. Die Kombinatdirektoren und Betriebsleitungen im planwirtschaftlichen System

Bereits unter sowjetischer Besetzung begann die SED die Politisierung in der Wirtschaft voranzutreiben, um ihren eigenen Einfluss zu stärken. Über den Aufbau neuer, formaler Strukturen innerhalb des Wirtschaftsapparates sollten die überkommenen innerbetrieblichen Machtstrukturen aufgebrochen werden. Neben die Werks- und Betriebsleitungen traten im innerbetrieblichen Machtgefüge die SED-Betriebsparteiorganisationen und die Betriebsgewerkschaftsleitungen mit ihren haupt- und ehrenamtlichen Funktionären. In acht ausgewählten Großkombinaten, den strategisch und wirtschaftspolitisch wichtigsten industriellen Großproduzenten, kam es zur Bildung von Industrie-Parteikreisleitungen – so auch in den Chemie Giganten in Schkopau, Leuna und Bitterfeld.⁹ Die Werkleiter und Werkleitungen wurden in dieses System eingebunden. Die Kombinatdirektoren gehörten qua Amt als Mitglieder zu den Industriekreisleitungen der SED, wodurch die gezielte politische Einflussnahme und die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne gewährleistet werden sollte.

Die Besetzung der Leitungsfunktionen in den chemischen Großbetrieben mit politisch loyalen Kräften vollzog sich in einem langjährigen Prozess, woran nicht zuletzt die sowjetische Personalpolitik ihren Anteil hatte. Denn obwohl eine Reihe von politisch belasteten Leitungspersonlichkeiten durch die Besatzungsmacht abgesetzt wurde, verblieb ein Großteil der bereits vor 1945 tätigen Funktionseлите der Chemiebranche entgegen der propagierten umfassenden Entnazifizierung in ihren Positionen. Für die sowjetischen Befehlshaber in den SAG zählten in diesem Zusammenhang nur die Fachkenntnisse der Wissenschafts- und Wirtschaftseliten, ohne deren Zutun der wirtschaftliche Wiederaufbau und

7 Vgl. Abelshäuser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 386.

8 Vgl. ebd.

9 Vgl. Lutz Prieß, Die Kreisleitungen der SED im politischen Herrschaftssystem der DDR – ihre Strukturen und Aufgaben. Ein Überblick. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Band II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung. Hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, S. 2464–2508, hier 2487 ff.

die Demontagen aus laufender Produktion kaum möglich gewesen wären.¹⁰ Genau diese „herausragenden Fachkenntnisse“ bildeten vor allem für die Vertreter der „alten Intelligenz“ die Grundlage für die „kollektive Identitätskonstruktion der Akademiker als einer technokratisch-bildungsbürgerlichen Elite mit Managementfunktionen in den großen mitteldeutschen Chemiewerken“.¹¹ Diese Elite war einerseits gekennzeichnet durch einen eindeutig bürgerlichen Habitus und andererseits durch eine starke Leistungsorientierung. Beides konnte trotz des von der SED forcierten Übergangs von der „alten“ zur „neuen Intelligenz“ im Laufe der 1960er Jahre konserviert werden. Die fachspezifische Leistungsbeurteilung als einziges ausschlaggebendes Kriterium und wichtiges Identitätsmerkmal der Funktionselite bewirkte im planwirtschaftlichen System der DDR ein ambivalentes Verhalten. Die Betriebsleiter verhielten sich zwar staatskonform, bewahrten sich jedoch nichtsdestotrotz eine gewisse Distanz zum Parteiapparat. Die leitenden Chemiker waren nicht gezwungen, eigenes fachliches Können durch Systemloyalität zu ersetzen bzw. zu kompensieren. Die SED legte im Gegenzug bereits in den frühen Jahren des Chemieprogramms das Unvermögen an den Tag, die volkswirtschaftliche Planung grundlegend zu meistern, was schon aufgrund des elitären Selbstverständnisses der Führungselite in den Chemiekombinaten nicht zu einer Annäherung beitrug.¹²

Der von der Partei beanspruchte Führungsanspruch, der sich auch auf die Wirtschaft erstreckte, schloss die Betriebsdirektoren und Kombinatleitungen von den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen aus. Diese liefen im zentralstaatlich ausgerichteten Wirtschaftsverwaltungsapparat auf zentraler Ebene ab, wobei sich die höchste Parteiinstanz – das Politbüro – die letztendliche Entscheidungsgewalt in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR vorbehielt. Von der politischen Teilhabe ausgeschlossen, beanspruchten die „alten“ Wirtschaftseliten in den Chemiebetrieben jedoch – oder gerade deswegen – im Rahmen ihrer wirtschaftsleitenden Tätigkeit bis Mitte der 1960er Jahre vehement einen autonomen Handlungsspielraum. Dieser bezog sich, wie Wagner-Kyora am Beispiel der Buna-Werke umfassend untersucht hat, vor allem auf die Investitions-, die Produktions- und die Personalplanung.¹³ Das machte es sowohl den Industriekreisleitungen der Partei als auch der mittleren Planungsbürokratie des Bezirkes schwer, entscheidenden Einfluss auszuüben. Beide Instanzen wurden mitunter nur nachträglich über den Betrieb betreffende Entscheidungen der

10 Beispielsweise stand in den Buna-Werken noch bis in die 1960er Jahre hinein die Werksleitung aus den Zeiten der IG Farben mit dem Werkleiter Johannes Nelles, dem Produktionsdirektor Friedrich Moll und dem Technischen Direktor Schumacher an der Spitze.

11 Vgl. Georg Wagner-Kyora, Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst. Zur Erfahrungsgeschichte deutscher Chemiker und Ingenieure im 20. Jahrhundert, Beiträge zur Unternehmensgeschichte, Band 28, Stuttgart 2009, S. 746.

12 Vgl. ebd., S. 752 f.

13 Zum Selbstverständnis der Akademiker, Chemiker und Ingenieure und deren Verhältnis zur SED als staatstragender Partei in der DDR siehe ausführlich: ebd.

Werksleitung informiert – „permante Grabenkämpfe zwischen Funktionären auf der einen Seite sowie Betriebsleitern und ihren Meistern auf der anderen Seite waren die Folge.“¹⁴

Die bereits angedeutete Werksverbundenheit der Kombinarsleiter trug maßgeblich dazu bei, dass weit weniger leitende Führungskräfte aus der mitteldeutschen Chemieindustrie der DDR in den Jahren vor dem Mauerbau den Rücken kehrten als zunächst zu vermuten gewesen wäre – trotz häufig besserer Arbeits-, Verdienst- und Lebensbedingungen, die ihnen in der Bundesrepublik winkten. Selbst bei vorherrschender Distanz gegenüber dem neuen politischen System sowie der damit verbundenen Einführung der Planwirtschaft blieben viele und verharren in ihren Positionen. Die Motivation hierfür beschreibt Wagner-Kyora als eine Art „konsensfähiger Werks-Identität“, die sich „in spezifischer Weise wertneutral und als identitätsstiftende Verhaltensweise der Funktionselite nur vor dem Hintergrund zurückliegender und gegenwärtiger Katastrophenerfahrungen in Diktatur, Krieg, Besatzung und neuerlicher Diktatur“¹⁵ verstehen lässt. Als Vertreter und quasi Mitbegründer der ihnen unterstellten Betriebe zeigten sie sich bemüht, die Arbeitsfähigkeit „ihres Werkes“¹⁶ gegen alle Widrigkeiten von außen oder innen abzuschirmen. Die ausgeprägte Standortloyalität und die Leistungsbezogenheit bildeten, trotz der Konkurrenz der Betriebe untereinander, die für die Gruppe von Wirtschaftsfunktionären handlungsbestimmenden Maxime. Die persönlichen politischen Überzeugungen spielten hierbei eine eindeutig untergeordnete Rolle, zumal Wagner-Kyora unter den führenden Akademikern der „alten Intelligenz“¹⁷ eine grundlegende politische Desorientierung für die Jahre nach 1945 bescheinigt hat. Und selbst bei den Vertretern der „neuen Intelligenz“, die nach der Verdrängung der „alten Führungseliten“ im Verlaufe der 1960er Jahre die Leitung in den Chemiekombinaten übernahmen, bildeten die tradierten Wertvorstellungen – fachspezifisches Leistungsvermögen und Standortloyalität – handlungsbestimmende Maximen.¹⁸

Im Gegenzug führten aber eben diese Wertvorstellungen der alten Führungseliten in den staatlichen Chemiekombinaten auch zu Verhaltensweisen, die sie zu wichtigen Stützen des von der SED installierten Systems werden ließen. Vom eigenen fachlichen Anspruch angetrieben, entwickelten sie Verhaltensstrategien, um die im planwirtschaftlichen System vorherrschenden Mängel durch Improvisation auszugleichen. Hierzu gehörte unter anderem auch die Nutzung informeller Netzwerke, um am starren Planungssystem vorbei betriebseigene Interessen durchzusetzen. Der hierbei genutzte Handlungsspielraum blieb jedoch auf

14 Georg Wagner-Kyora, *Loyalität auf Zeit – zur Identität der Management-Elite der DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren*. In: Peter Hübner (Hg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR*, Köln 1999, S. 299–308, hier 303 f.

15 Ebd., S. 306.

16 Ebd.

17 Ebd.

18 Vgl. Wagner-Kyora, *Erfahrungsgeschichte*, S. 753 ff.

strukturierende und operative Aufgaben beschränkt, da ihnen – wie bereits erwähnt – strategische Entscheidungsbefugnisse verweigert wurden.

IV. Der staatliche Wohnungsbau in den 1950er und 1960er Jahren als Instrument zur Wirtschaftsförderung

Zwischen der SED-Parteiführung und den leitenden Wirtschaftsfunktionären der chemischen Industrie herrschte in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre Konsens darüber, dass in der chemischen Industrie dringend investiert werden musste. Die führenden Chemiker und Ingenieure orientierten sich in gewohnter Weise am Weltmaßstab und mahnten Investitionen an, um nicht innovations- und produktionstechnisch den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren. Die SED-Parteiführung setzte darüber hinaus im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen große Hoffnungen in die Entwicklung der chemischen Industrie. Das 1958 auf der Bitterfelder Konferenz verabschiedete staatliche Chemieprogramm bildete das Schlüsselereignis für die weitere Entwicklung des mitteldeutschen Chemiedreiecks sowohl in wirtschafts- als auch in wohnungsbaupolitischer Sicht. Große Investitionssummen für den Ausbau vorhandener Produktionsanlagen wie auch für den Aufbau neuer Industriekomplexe – beispielsweise Leuna II – flossen in die Region.¹⁹ Aber nicht nur für den industriellen Aufbau wurden dem Bezirk Halle finanzielle Mittel und Kapazitäten zur Verfügung gestellt, sondern auch für dringend notwendige Folgemaßnahmen. Hierzu gehörte auch der Wohnungsbau. Der von der Parteiführung geforderte schnelle industrielle Ausbau machte die Ansiedlung zahlreicher Arbeitskräfte in der unmittelbaren Umgebung der neuen bzw. erweiterten Produktionsanlagen notwendig. Der staatliche und genossenschaftliche Wohnungsbau wurde in den 1960er Jahren vorrangig als Folgemaßnahme und Wirtschaftsförderungsmittel verstanden. Die starke Betonung der sozialpolitischen Komponente des Wohnungsbaus setzte erst nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker in den frühen 1970er Jahren ein.

Die bevorzugte Wohnungsversorgung wirtschaftsrelevanter Kombinate und Betriebe in den 1960er Jahren bildete einen elementaren Bestandteil eines bereits in der sowjetischen Besatzungszeit eingeläuteten Prozesses. In dessen Verlauf entwickelten sich die Betriebe nicht nur zu zentralen Orten des wirtschaftlichen, sondern auch des gesellschaftlichen Lebens. Das galt insbesondere

¹⁹ Vgl. Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit. Referat des Genossen Walter Ulbricht, Erster Sekretär des ZK der SED und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates. In: Chemie gibt Brot, Wohlstand, Schönheit. Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission in Leuna am 3. und 4. November 1958. Hg. vom ZK der SED, Abteilung Agitation und Propaganda und der Abteilung Bergbau, Kohle, Energie und Chemie, o. O. 1958.

für die großen staatlichen Kombinate. Neben ihren primär ökonomischen Aufgaben übertrug man ihnen zahlreiche, darüber hinausgehende sozialpolitische, aber auch ideologisch-erzieherische Funktionen, wodurch sie sich zunehmend zu sozialen Versorgungs- und Erziehungseinrichtungen entwickelten. Die betriebliche Sozialpolitik richtete sich hierbei in erster Linie auf die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, was „die Beschäftigung aus sozialen Gründen und die Betreuung ehemaliger Betriebsangehöriger im Rentenalter“²⁰ einschloss. Neben der sozialen Komponente zielten derartige Maßnahmen auf eine Leistungssteigerung der Beschäftigten ab, die gezielt durch Leistungsanreize stimuliert werden sollten. Neben lohnpolitischen Vergünstigungen in Form von Prämien- und Zuschlagszahlungen gehörten hierzu auch Privilegien im Bereich der sozialen Absicherung.²¹ Die Betriebs- und Kombinatleiter wurden in diesem Zusammenhang persönlich für die alltägliche „Betreuung der Werktätigen“ – wie es offiziell hieß – verantwortlich gemacht.²² Die Zuständigkeit erstreckte sich zusehend auf fast alle Bereiche des Lebens und schloss auch die Wohnungsversorgung der eigenen Belegschaften ein. Laut Schmidt entwickelte sich die betriebliche Sozialpolitik zu einem „vielseitige[n], häufig sogar“ zu einem „unersetzliche[n] Lückenfüller“ vor allem in „politischer und alltagspraktischer Hinsicht ebenso wie für Zwecke betrieblicher Leitung“.²³

Im Rahmen ihrer „Fürsorgefunktion“ stellte die Wohnungsversorgung der Belegschaften für die Betriebsleitungen und Betriebsleiter der großen Chemiekombinate ein schwieriges und konfliktgeladenes Aufgabenfeld dar. Bereits in den 1920er Jahren war die Wohnraumlage im Umkreis der immer weiter expandierenden mitteldeutschen Chemieanlagen angespannt. Diese Situation wurde unmittelbar nach Kriegsende nicht nur durch die kriegsbedingten Zerstörungen, sondern auch durch den massenhaften Zustrom von Vertriebenen und Flüchtlingen enorm verschärft. Um den Wiederaufbau der Wirtschaft und die Erfüllung

20 Manfred Gustav Schmidt, Sozialpolitik in der DDR, Wiesbaden 1999, S. 39.

21 Siehe zur betrieblichen Sozialpolitik in der DDR ausführlich Peter Hübner, Betriebe als Träger der Sozialpolitik, Betriebliche Sozialpolitik. In: Dierk Hoffmann und Michael Schwartz (Hg.), Die Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 8: 1949–1961 Deutsche Demokratische Republik – Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus, Baden-Baden 2004, S. 727–765; sowie ders., Betriebe als Träger der Sozialpolitik, Betriebliche Sozialpolitik. In: Christoph Kleßmann (Hg.), Die Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 9: 1961–1971 Deutsche Demokratische Republik. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung, Baden-Baden 2006, S. 723–761; sowie ders., Betriebe als Träger der Sozialpolitik, Betriebliche Sozialpolitik. In: Christoph Boyer/Klaus-Dietmar Henke/Peter Skyba (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 10: 1971–1989 Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden 2008, S. 705–738.

22 Dieser Teilbereich schloss neben der Versorgung der Arbeiter mit Bedarfsgütern und Waren des täglichen Bedarfs die Förderung des geistig-kulturellen Lebens, die medizinische und gesundheitliche Betreuung, die Kinder- und Jugendbetreuung, die Erholung und Ferienbetreuung sowie die Wohnungsversorgung der Belegschaftsmitglieder mit ein.

23 Schmidt, Sozialpolitik, S. 40.

der Reparationsforderungen zu gewährleisten, wurden den Schwerpunktbetrieben bereits im November 1952 weitreichende Befugnisse bei der Wohnraumvergabe eingeräumt. Sie erhielten Wohnungskontingente in eigener Verantwortung. Hiermit knüpfte man an eine paternalistische Wohnungspolitik an, deren Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten und die darauf zielte, die Disziplin und Betriebsloyalität zu erhöhen.²⁴ Die Betriebsleitungen nahmen sich dieser Aufgabe jedoch nicht nur als einer von übergeordneten Staats- und Parteiorganen angewiesenen Pflichterfüllung an. Neben sozialpolitischen Anliegen spielten hier auch betriebswirtschaftliche Gründe eine Rolle.

In den Jahren vor dem Mauerbau herrschten hohe personelle Fluktuationen in den Wirtschaftsbetrieben. Massenhaft kehrten DDR-Bürger der SED und dem von ihr errichteten Herrschaftssystem den Rücken. Von den im Juli 1961 registrierten 2 317 Flüchtlingen aus dem Bezirk Halle stammten allein 1964 aus der Chemiebranche, hierunter 30 Ingenieure und Techniker.²⁵ Dieser Aderlass verstärkte den ohnehin vorherrschenden Fach- und Leitungskräftemangel, was die betriebsinternen Abläufe und die Produktion im gesamten planwirtschaftlichen System der DDR massiv behinderte. Die hochgesteckten Ziele des Chemieprogramms drohten zu scheitern.²⁶ Erst durch den Bau der Mauer konnte die Massenflucht gestoppt und das System stabilisiert werden. Die anschließend durchgeführten Bemühungen, das planwirtschaftliche System effizienter zu gestalten, führten in der Wohnungsbaupolitik zu einer noch deutlicheren Beschränkung des Wohnungsneubaus auf wirtschaftliche Schwerpunkregionen. Durch eine gezielte Verknüpfung von Arbeits- und Mietverträgen²⁷ sollte die Bildung von Stammebelegschaften in den Großbetrieben forciert werden.²⁸ Mit den Verfügungsrechten über eigene Wohnungsbestände, die sich bevorzugt aus Neubauwohnungen zusammensetzten, bekamen die staatlichen Betriebsleitungen ein wichtiges Mittel in die Hand, um qualifizierte Leitungs- und Fachkräfte für eine dauerhafte Anstellung zu gewinnen. Denn die zentral festgelegten Löhne boten den Betrieben hierfür kaum Möglichkeiten, die Mangelware Wohnraum als zusätzlicher Anreiz hingegen schon.

-
- 24 Vgl. Jay Rowell, Wohnungspolitik. In: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Band 8: Deutsche Demokratische Republik. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus 1949–1961, Baden-Baden 2004, S. 698–726, hier 717.
- 25 Bericht der BDVP Halle/S. über den gegenwärtigen Stand der Entwicklung im Kampf gegen den Menschenhandel im Bezirk Halle/S. Berichtszeit: 1.–6.8.1961 im Vergleich zu den Monaten Juni 1960 und Juli 1961 (LHASA, MER, P 516, IV/2/4/991, Bl. 115–120).
- 26 Zum Mauerbau siehe allgemein: Frederick Taylor, *Die Mauer*. 13. August 1961 bis 9. November 1989, Berlin 2009, sowie Hans-Hermann Hertle (Hg.), *Mauerbau und Mauerfall*, Berlin 2002.
- 27 Rowell, *Wohnungspolitik*, S. 717.
- 28 Zur Bedeutung von Stammebelegschaften im Beschäftigungssystem der DDR siehe ausführlich Holle Grünert, *Starrheit und Mobilität im Beschäftigungssystem der DDR*. In: *Der Hallesche Graureiher*, 5 (1997), S. 3–20.

Im Bezirk Halle zählten die staatlichen Chemiekombinate schon in den 1950er Jahren, spätestens jedoch seit der Verabschiedung des Chemieprogramms 1958 zu den bevorzugten Bedarfsträgern des staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsneubaus. Sie gehörten zu den wichtigsten Arbeitgebern der Region; 31,6 % aller Industriebeschäftigten des Bezirkes arbeiteten 1961 in der Chemiebranche. Bereits in den acht größten Betrieben des Zweiges waren über rund 100 000 Menschen beschäftigt.²⁹ Dieser Stellenwert im gesamtwirtschaftlichen Gefüge des Bezirkes Halle und darüber hinaus der gesamten Republik spiegelte sich auch in der staatlichen Wohnraumzuteilung wider.³⁰ Alleine den beiden größten Chemiekombinaten, dem VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ und dem VEB Chemische Werke Buna, wurden bis Mai 1965 im Bezirk Halle rund 17 000 Werks- und AWG-Wohnungen in Neu- und Altbauten übergeben.³¹ Im Zeitraum von 1965 bis 1970 sollten bei einem Gesamtbauaufkommen von 33 000 Wohnungen im Bezirk weitere 10 000 Wohnungen der chemischen Industrie zur Verfügung gestellt werden.³²

Das anschaulichste Beispiel dafür, welche Bedeutung die Wohnungsversorgung der Chemiekombinate spielte, bildete ohne jeden Zweifel das Städtebauprojekt Halle-West, seit 1967 Halle-Neustadt. Die Errichtung einer ganzen Stadt nach modernsten städtebaulichen Standards einzig für die Chemiearbeiter entwickelte sich zum Prestige-Objekt sowohl für die SED-Parteführung als auch für die hiesige SED-Bezirksleitung.³³ Die Planungsgröße des Vorhabens wurde anhand der Bedarfsforderungen der Betriebsleitungen der Leuna- und Buna-Werke ermittelt. In der Vorlage für den Ministerrat zum Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-West ging der Rat des Bezirkes Halle im August 1964 von einem gemeldeten Bedarf von 17 000 Wohnungen beider Werke aus. Dies führte zur Festlegung, in Halle-West bis 1970 15 000 bzw. bis 1973 22 000 Wohnungen zu bauen. Nachweislich hatten sowohl die Betriebsleitungen beider Kombinate als auch der Rat des Bezirkes Halle hierbei hoch gepokert und bewusst hohe Bedarfszahlen angemeldet.³⁴

29 Bezirksleitung der SED, Büro des 1. Sekretärs, Ökonomische Analyse des Bezirkes Halle 1960 (LHASA, MER, P 516, IV/2/3/624, Bl. 5–62, hier 52).

30 In der DDR gab es keinen freien Wohnungsmarkt. Sowohl der Wohnungsbau als auch die Vergabe der Wohnungen lagen in staatlicher oder betrieblicher Hand. Siehe hierzu ausführlich Hannsjörg F. Buck, Mit hohem Anspruch gescheitert – Die Wohnungspolitik der DDR, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Band 122, Münster 2004, S. 26–35.

31 Vgl. Stellungnahme der Abteilung Wohnungsbau und Kommunale Wirtschaft zum Programm der ökonomischen Entwicklung des Wirtschaftsgebietes Halle-Merseburg-Bitterfeld vom 13. 5. 1965 (BArch, DE 1, 52756S).

32 Vgl. ebd.

33 Vgl. Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiearbeiterstadt, Autorenkollektiv unter der Leitung von Karl-Heinz Schlesier (Hg.), Berlin (Ost) 1972.

34 Vgl. Stellungnahme der Abteilung Wohnungsbau und Kommunale Wirtschaft zum Programm der ökonomischen Entwicklung des Wirtschaftsgebietes Halle-Merseburg-Bitterfeld vom 13. Mai 1965 (BArch, DE 1, 52756S, S. 2 f.) und Anlage zum komplexen

Diese Zahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der nur in sehr begrenztem Umfang durchgeführte Wohnungsneubau in den 1950er Jahren weder ausreichte, die Versorgung der Betriebsbelegschaften grundlegend zu verbessern, noch zur Lösung des allgemein vorherrschenden Wohnungsproblems der Region beizutragen. Daran änderten auch die steigenden Wohnungsbauzahlen zu Beginn der 1960er Jahre wenig.³⁵ Vielmehr erzeugten der vorherrschende Wohnungsmangel, die hohen wirtschaftlichen Verpflichtungen der Chemiekombinate und die Eingliederung des Wohnungsneubaus in das planwirtschaftliche Mangelsystem eine ständige Konkurrenzsituation. Die Betriebsleitungen konkurrierten sowohl mit anderen Bedarfsträgern – Betrieben anderer Wirtschaftszweige, aber auch den örtlichen Verwaltungen der Räte der Kreise und Städte – als auch untereinander um die Bereitstellung möglichst vieler Ressourcen jeglicher Art.³⁶ Hierzu gehörte auch die Wohnraumzuteilung aus dem staatlichen Wohnungsbauprogramm, die in die Zuständigkeit des Rates des Bezirkes fiel.

V. Die Betriebsleitungen und Kombinatdirektoren als Interessenvertreter ihrer Belegschaften

Im Tauziehen um das Mangelgut Wohnung befanden sich die Betriebsleitungen und Direktoren der Chemiekombinate im Bezirk Halle schon allein aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der ihnen unterstellten Unternehmen klar im Vorteil gegenüber anderen Bedarfsträgern des Massenwohnungsbaus. Entgegen naheliegender Vermutungen bildeten jedoch gemeinsame Schulterschlüsse gegenüber übergeordneten Verwaltungsorganen in diesem Zusammenhang eher die Ausnahme; vielmehr lieferten sich die Betriebsleitungen untereinander mitunter heftige Konkurrenzkämpfe. Die Vergabe der Wohnungskontingente durch den Rat des Bezirkes wurde dabei argwöhnisch beobachtet, und die Betriebsleiter zeigten sich bereit, bei vermuteten Benachteiligungen des eigenen Kombinates selbstbewusst auf die eigenen Belange aufmerksam zu machen. So wies der Betriebsleiter der VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, Löschau, in einem Schreiben an die SED-Bezirksleitung Halle im August 1964 daraufhin, dass die vom Rat des Bezirkes vorgesehene Zuweisung von jährlich 900 Wohnungen an das Kombinat „selbstverständlich [...] eine große Anzahl“³⁷ darstellten. Als Inte-

Wohnungsbau. Siehe auch die Information des Sektors Planung von Wirtschaftsgebieten der Staatlichen Plankommission vom 10.6.1965 (BArch, DE 1, 52756).

35 Zur Bilanz der Wohnungspolitik und der Wohnungsbauaktivitäten für die Jahre 1949 bis 1961 siehe ausführlich Buck, Anspruch, S. 181–184.

36 Vgl. Wagner-Kyora, Erfahrungsgeschichte, S. 422.

37 Schreiben des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ an den Sekretär für Wirtschaft der Bezirksleitung der SED Halle vom 12.8.1964 (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/6/56, Bl. 49 f.). Siehe auch das Schreiben des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ an den

ressenvertreter seines Werkes konnte er sich mit der Größenordnung jedoch nicht zufrieden geben, da er sich mit diesem Kontingent außerstande sah, die „Arbeitskräfte- und Wohnungsprobleme [seines] Werkes“ zu lösen. Der Betriebsleiter versuchte hier einen Balanceakt, bei dem er eindeutige Forderungen gegenüber den Partei- und Staatsorganen aufstellte, ohne dabei den Eindruck von Undankbarkeit für die vorgesehene Wohnungszuteilung aufkommen zu lassen. Laut werkseigenen Berechnungen stellten 1 200 Wohnungen pro Jahr bis 1970 das absolute Minimum dar, um die vor den VEB Leuna-Werken „stehenden Aufgaben zu lösen.“ Hierbei verwies er mit Nachdruck auf die Arbeitskräftewerbung für den Werksneubau Leuna II, dem insbesondere von der Parteilührung große Bedeutung beigemessen wurde. Mit einem Verweis auf einen Artikel in der „Freiheit“ vom 11. August 1964 machte Löschau auch darauf aufmerksam, dass die VEB Buna-Werke wohnungstechnisch scheinbar besser versorgt würden. Demnach sei es dort möglich, den Beschäftigten innerhalb von nur drei Monaten eine Wohnung zur Verfügung zu stellen. In Leuna hingegen sei dies „allenfalls innerhalb von zwei Jahren möglich.“ In diesem Zusammenhang bat Löschau darum, in der anstehenden Sekretariatssitzung der SED-Bezirksleitung persönlich das Anliegen seines Kombinates vortragen zu dürfen.³⁸

Aber nicht nur der Betriebsdirektor der Leuna-Werke versuchte auf wohnungspolitischem Feld zugunsten seines eigenen Werkes zu intervenieren. So wehrte sich beispielsweise auch der Kombinatleiter der VEB Chemische Werke Buna, Nelles, gegen falsche Zahlen, die scheinbar 1965 über den Wohnungsbestand seines Werkes im Umlauf waren. Insbesondere im Zentrum der Macht des Bezirkes – der SED-Bezirksleitung – wollte er mit falschen Vorstellungen darüber aufräumen, dass das Kombinat gut mit Wohnraum versorgt wäre. Nelles bezeichnete das „zugeteilte Wohnungskontingent in Halle-West als völlig ungenügend“, hatte deswegen beim Rat des Bezirkes Beschwerde eingereicht und wandte sich im Anschluss ebenfalls direkt an die nächst höhere Instanz im Bezirk – die Bezirksparteileitung. Auch der Kombinatleiter der Buna-Werke hoffte darauf, dass diese die Entscheidungen der staatlichen Organe im eigenen Interesse revidiert würden.³⁹ Nicht zu Unrecht hegten die Wirtschaftsfunktionäre derartige Hoffnungen. Ein direkter Draht der Kombinatdirektoren beispielsweise zum 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, Sindermann, oder dem zuständigen Sekretär für Wirtschaft der SED-Bezirksleitung Halle erwies sich im Zusammenhang mit wohnungspolitischen Fragen immer wieder als durchaus nützlich.

Vorsitzenden der Bezirksplankommission Ziegler zur Aufgliederung und Begründung des Wohnbedarfes unseres Werkes im Zeitraum 1965–1970 vom 8.8.1964 (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/6/56, Bl. 51–54).

38 Vgl. ebd., Bl. 50.

39 Vgl. Schreiben des VEB Chemische Werke Buna an den Sekretär des Büros für Industrie und Bauwesen bei der Bezirksleitung der SED vom 21.6.1965 (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/6/56, Bl. 73 f.).

Hierbei hatten es die wirtschaftsleitenden Funktionäre der großen Chemiekombinate häufig leichter, gehörten sie und ihre Industrieunternehmen doch ohnehin zu den Profiteuren des staatlichen bzw. genossenschaftlichen Wohnungsbaus par excellence. Die Betriebsleitungen kleinerer Chemiebetriebe hatten es schwerer, Gehör für ihre wohnungsbau- und wohnungsversorgungstechnischen Probleme bei entscheidungsbefugten Stellen zu finden. Aber auch sie standen vor denselben Problemen, ihren Beschäftigten keinen oder nur zu wenig Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. So wandte sich beispielsweise die Leitung des VEB Gummiwerke Elbe aus Wittenberg im April 1965 hilfesuchend an den Rat des Kreises Wittenberg, um auf die vorherrschenden Wohnraumprobleme aufmerksam zu machen. Bei einer Belegschaftsstärke von 2 660 Beschäftigten gab es im Betrieb 179 Wohnungssuchende. Neben zahlreichen Härtefällen, bei denen beispielsweise Familien mit vier Personen gemeinsam ein Zimmer bewohnten, betonte der Betriebsleiter vor allem das Problem des Betriebes bei der Unterbringung qualifizierter Hochschulkräfte. Diese verließen laut Angaben des Betriebsleiters in großer Zahl das Werk bzw. drohten damit es zu tun, weil ihnen in absehbarer Zeit kein Wohnraum bereitgestellt werden konnte. Die Betriebsleitung geriet dadurch enorm unter Druck, hatte sie doch die Aufgabe, die Zahl der Hoch- und Fachschulkader bis 1970 mehr als zu verdoppeln. Die vorgesehene Steigerung von sieben auf siebzehn Beschäftigte mit Hochschulbildung und von 62 auf 126 mit Fachschulabschluss bereitete der Betriebsleitung große Sorgen, weil laut eigenen Angaben bereits 1964 drei Hochschul- und vierzehn Fachschulabsolventen mit der Begründung den Betrieb verlassen hatten, keinen Wohnraum bekommen zu haben.⁴⁰

Die Wohnraumversorgung von Fach- und Leitungskräften bildete ein Kernproblem für die Betriebsleitungen und Kombinatdirektoren im Rahmen ihres Fürsorgeauftrages gegenüber ihren Arbeitern und Angestellten. Das Beispiel der VEB Gummiwerke Elbe zeigt exemplarisch auf, dass der akute Wohnungsmangel ein virulentes Problem für die Betriebe bei der Erfüllung ihrer wirtschaftspolitischen Aufgaben – der Planerfüllung und der Bildung von Stammebelegschaften⁴¹ – darstellte. Zudem zeigt sich in diesem Zusammenhang auch der hohe Stellenwert, der der Wohnungsversorgung im innerbetrieblichen Aushandlungsprozess zukam. Nicht nur die Betriebsleitungen nutzten die Mangelware Wohnraum, um über den tariflichen Rahmen hinaus Arbeitskräfte zu binden, sondern auch die Beschäftigten – vor allem qualifizierte Fachkräfte – übten Druck aus, um an die begehrten Wohnungen zu gelangen, bzw. machten ihre Betriebsloyalität davon abhängig.

Mit dem Verweis des Betriebsleiters, dass er sich ohne die Bereitstellung von Wohnraum außerstande sehe, die vorgegebene Erhöhung der qualifizierten

40 Vgl. Schreiben der Gummiwerke Elbe an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Wittenberg zum Wohnungsbauprogramm bis 1970 vom 14. 4. 1965 (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/6/23, Bl. 5 f.).

41 Vgl. Grünert, Beschäftigungssystem, S. 3-5.

Fachkräfte zu gewährleisten, versuchte wiederum auch er, Druck auf die übergeordneten Organe auszuüben. Ähnlich sah es mit der Infragestellung der termingerechten Inbetriebnahme des neuen Betriebsteiles und somit der Planerfüllung aus. Der Rat des Kreises als eigentlicher Adressat des Schreibens sah sich in diesem Zusammenhang jedoch selbst entweder außerstande, entscheidend einzugreifen, oder wertete das Anliegen als besonders dringlich, weswegen es von ihm an die SED-Kreisleitung weitergeleitet wurde.⁴²

Während sich der Betriebsleiter der Wittenberger Gummiwerke auf die Probleme seines Betriebes konzentrierte, spannte der Werkdirektor des VEB Stickstoffwerkes Piesteritz, Zipfel, den Bogen noch viel weiter. Er trat nicht nur als Interessenvertreter der eigenen Belegschaft, sondern aller Wohnungssuchenden im Kreis Wittenberg auf. Schriftlich wandte sich Zipfel im Januar 1966 an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Leopold. Eine Abschrift dieses Schreibens ließ er darüber hinaus dem Rat des Kreises, der VVB Elektrochemie und Plaste sowie der SED-Bezirksleitung Halle zukommen.⁴³ Zipfel appellierte persönlich an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, er möge doch bitte „dringendst, die Konzeption [seiner] verantwortlichen Mitarbeiter“ zum geplanten Wohnungsbau im Bezirk Halle bis 1970 überprüfen lassen, „um zu einer für den Kreis Wittenberg tragbaren Entscheidung zu kommen“. Auslöser war die Information über eine erneute Verschiebung des bereits seit mehreren Jahren geplanten Wohnungsbaus in der Kreisstadt Wittenberg. Zunächst 1963 trotz bereits abgeschlossener Aufschließungsmaßnahmen abgebrochen und auf 1966 vertagt, sollte die Wiederaufnahme der Baumaßnahmen abermals auf die Zeit nach 1970 verschoben werden. Die geplanten Wohnungsbaumaßnahmen fielen 1963 zugunsten anderer Wohnungsbaustandorte dem Rotstift zum Opfer. „Die Bevölkerung des Kreises Wittenberg und insbesondere die Belegschaft des Stickstoffwerkes Piesteritz hat die im Jahre 1963 getroffene Entscheidung [...] schweren Herzens getragen. Einzig die Hoffnung, dass der Wohnungsneubau in unserem Kreis als nächster Schwerpunkt durchgeführt wird, wirkte beruhigend.“⁴⁴ Durch die erneute geplante Verschiebung sah der Betriebsleiter des VEB Stickstoffwerkes „jegliches Vertrauen“ der Wohnungssuchenden „zu unserer Wirtschaftspolitik“ ernsthaft gefährdet, vor allem weil der Bauzeitenplan für die Jahre 1966–1968 bereits öffentlich bekannt war. Zipfel signalisierte grundsätzliches Verständnis für die Notwendigkeit, den Wohnungsneubau schwerpunktmäßig zusammenzufassen, ließ jedoch Zweifel an der territorialen Schwerpunktsetzung erkennen. Er bat darum den „Nordteil des Bezirkes nicht völlig zu vernachlässigen.“ Insgesamt konnte er sich aber „als verantwortlicher Leiter des

42 Vgl. Schreiben der Gummiwerke Elbe an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Wittenberg zum Wohnungsbauprogramm bis 1970 vom 14. 4. 1965 (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/6/23, Bl. 1).

43 Vgl. Schreiben des VEB Stickstoffwerkes Piesteritz an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle zum Wohnungsbau im Kreis Wittenberg vom 7.1.1966 (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/6/56, Bl. 200 f.).

44 Ebd.

Stickstoffwerkes Piesteritz keinesfalls mit der Verschiebung der Bautermine einverstanden erklären.“⁴⁵ Er machte keinen Hehl daraus, dass er es unter diesen Umständen für ausgeschlossen hielt, „eine systematische Kaderentwicklung sowie die zielgerichtete Bildung einer Stammebelegschaft durchzuführen.“ Zipfel argumentierte – ähnlich wie seine Amtskollegen – mit der hohen personellen Fluktuation innerhalb seines Betriebes und machte vor allem die Wohnraumversorgungsprobleme in Kreis und Stadt Wittenberg dafür verantwortlich. Dem Betriebsleiter zufolge gefährdete die bestehende Mangelsituation die auf dem 11. Plenum des ZK der SED geforderte perspektivische Wirtschaftsentwicklung. Verweise auf zentrale Parteibeschlüsse stellten ein häufig verwendetes Argumentationsmuster gegenüber übergeordneten staatlichen Organen dar, um eigenen Anliegen Nachdruck zu verleihen.⁴⁶

Die bis hier aufgezeigten Verhaltensstrategien der Betriebsleitungen und Kombinatdirektoren beschränkten sich auf die regionale Ebene und zielten auf bezirksinterne Lösungen ab. Mitunter griffen die betriebsleitenden Wirtschaftsfunktionäre jedoch auch auf informelle Kontakte in die Zentrale zurück, um auf die Wohnungsprobleme des eigenen Betriebes aufmerksam zu machen. Als ein besonders hartnäckiger Interessenvertreter seines Werkes und seiner Belegschaft trat in diesem Zusammenhang der Werksdirektor des Elektrochemischen Kombinates Bitterfeld, Boethin, auf. Auch Boethin sah sich mit dem Problem konfrontiert, dass insbesondere hoch qualifiziertes technisches und wirtschaftsleitendes Führungspersonal dem Kombinat aufgrund fehlenden Wohnraumes den Rücken kehrte.⁴⁷ Wie der deutliche Hinweis auf die Behelfsunterkünfte des Kombinates, in denen „unmenschliche Zustände“⁴⁸ herrschten, zeigte, stellte das indes nur ein Problem neben zahlreichen anderen dar.

Neben der grundsätzlichen Verbesserung der Wohnraumversorgung der Werks-Belegschaft setzte sich die Betriebsleitung des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld für einen speziellen Wohnungsbaustandort – Sandersdorf-Nord – ein. Im Bezirkswohnungsbauplan waren für den Betrieb neben einem Kontingent an Wohnungen in der Bitterfelder Anhaltsiedlung und in Wolfen-Nord ab 1966 auch der Bau einer eigenen Werkssiedlung in Sandersdorf vorgesehen. Die Planungen gingen zunächst von 750,⁴⁹ später sogar von 1 100 Wohnungen samt den notwendigen Versorgungseinrichtungen aus. Die Betriebsleitung zeigte sich an dieser Werkssiedlung besonders interessiert, weil sie sich in unmittelbarer Nähe zum Betriebsgelände befand. Doch bereits vor dem offiziellen Baubeginn zeichneten sich planungstechnische Schwierigkeiten ab. Am Ran-

45 Ebd.

46 Vgl. ebd.

47 Vgl. Schreiben des EKB Bitterfeld an den Vorsitzenden des Rates des Bezirks Halle vom 15. 6. 1964 (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/6/56, Bl. 26).

48 Ebd.

49 Vgl. Vorlage des Rates des Bezirkes für die Sekretariatssitzung der Bezirksleitung Halle zum Gebietsentwicklungsplan des Wirtschaftsgebietes Halle-Merseburg-Bitterfeld vom 3. 2. 1965. (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/3/61/1, Bl. 113 und 118).

de der 2. Bitterfelder Konferenz 1964 wandte sich der Kombinatdirektor auf informellen Weg an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, um ihn persönlich über die Problemlage des Kombinates in Kenntnis zu setzen.⁵⁰ Erhoffte Reaktionen der staatlichen Organe blieben jedoch scheinbar aus, da Boethin sich wenige Wochen später frustriert über die Arbeit der zuständigen Bezirksorgane zeigte. In durchaus selbstbewusstem Ton machte er sich in diesem Zusammenhang Luft. Als Leiter des drittgrößten Chemiekombinates der DDR und damit wichtiger Stütze der Volkswirtschaft bestand er darauf, von den staatlichen Organen mehr Unterstützung auf sozialem Gebiet zu erhalten. Er machte unmissverständlich deutlich, dass er nicht gewillt war, „bei einer derartigen Sozialpolitik die unweigerlichen Folgen für die Zukunft alleine zu tragen“ und sich „in einigen Jahren wegen solcher Fragen – und vor allen Dingen Fehlern der übergeordneten staatlichen Organe – zur Verantwortung ziehen zu lassen.“⁵¹ Darüber hinaus sollte sich der Vorsitzende des Rates des Bezirkes gewiss sein, dass Boethin „auf Grund des Ernstes der Lage und des völlig unbefriedigenden Zustandes entschlossen“ war, „dieses Problem durch [seine] eigene Person bis in die Spitzen von Partei und Regierung zu bringen.“⁵²

Dass derartige Aussagen nicht nur Drohgebärden gegenüber den staatlichen Bezirksorganen darstellten, zeigte sich in den kommenden Jahren. Eine erste Intervention erfolgte Mitte des Jahres 1965, als die Betriebsleitung eine vom Minister und Leiter des Komitees der Arbeiter-und-Bauerninspektion Heinz Matthes durchgeführte Untersuchung zum Wohnungsbaustandort Wolfen-Nord nutzte, um auf ihre eigenen Wohnraumversorgungsprobleme hinzuweisen. Die nach wie vor bestehenden Planungsschwierigkeiten ließen die Hoffnungen auf einen rechtzeitigen Baubeginn für 1966 nicht zu. Anwesende Vertreter des Elektrochemischen Kombinates argumentierten vor allem mit der Bindung der Arbeitskräfte des Betriebes. Die schlechte versorgungstechnische Ausstattung in Wolfen-Nord führte laut Aussagen der Betriebsvertreter dazu, dass ständig Arbeiter das Werk verließen.⁵³ Das eigentliche Problem bestand jedoch darin, dass die kapazitätsmäßige Absicherung der beiden Standorte Wolfen-Nord und Sandersdorf-Nord nicht gegeben war. Es fehlten schlichtweg die nötigen Kapazitäten für beide Vorhaben. Zu diesem Zeitpunkt hätte der Wohnungsbau in Sandersdorf nur auf Kosten von Wolfen-Nord realisiert werden können. Nur durch den Abzug von Arbeitskräften, Baumaterialien und technischer Ausrüstung aus Wolfen-Nord hätte der Wohnungsbau in Sandersdorf bewerkstelligt werden können. Der Stellvertreter des Ministers des Komitees der Arbeiter-und-Bauern-

50 Vgl. Schreiben des EKB Bitterfeld an den Vorsitzenden des Rates des Bezirks Halle vom 15. 7. 1964 (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/6/56, Bl. 25–28).

51 Ebd., Bl. 26.

52 Ebd., Bl. 27.

53 Vgl. Beratungsmaterial für die vom Komitee der Arbeiter-und-Bauerninspektion anberaumte Beratung – Betreff: Wolfen-Nord, Problem 4, o. D. (22. 7. 1965) (BArch, DC 14443).

inspektion Stiebritz verlangte daraufhin zunächst von der Bezirksplankommission, dem Hauptplanträger komplexer Wohnungsbau als dem für den Wohnungsbau zuständigen Fachorgan des Rates des Bezirkes und dem Chemiekombinat, den Nachweis über die Notwendigkeit des Standortes Sandersdorf und dessen „volkswirtschaftlichen Nutzeffekt“.⁵⁴

Kaum vier Wochen später legte der VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld dem Stellvertretenden Minister Stiebritz eine „Studie über die ökonomischen Vorteile des Wohnkomplexes Sandersdorf-Nord“⁵⁵ vor. In der achtseitigen Studie wurde der Versuch unternommen, die ökonomischen Vorteile des Standortes und die geringeren Kosten im Vergleich zum Vorhaben Wolfen-Nord nachzuweisen. Neben der Auflistung diverser angeblicher Standortvorteile argumentierte die Betriebsleitung vor allem mit der Notwendigkeit einer Bereitschaftssiedlung, um die Produktion des Betriebes auch nachts und an Sonn- und Feiertagen sichern zu können. Die bisherigen Anstrengungen dazu seien mit hohen Kosten für einen Fahrdienst verbunden gewesen. Mit Nachdruck verwies der Betriebsleiter auf die „Verordnung zur Versorgung der Werktätigen der Großbetriebe der führenden Industriezweige“ des Ministerrates vom 10. Dezember 1964 und der Festlegung, dass der VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld hierfür als Experimentierbetrieb ausgewählt wurde. Abschließend machte der Werksdirektor auch an dieser Stelle selbstbewusst deutlich: „Die vom Rat des Bezirkes und von der Bezirksleitung der SED getroffene Festlegung zur Errichtung des Wohnkomplexes ist richtig und liegt im volkswirtschaftlichen Interesse. Disproportionen werden damit nicht organisiert. Es muss deshalb die vollständige Realisierung dieses Programmes gefordert werden, da sie wesentlich dazu beiträgt, die Aufgaben des VEB EKB als drittgrößter Chemiebetrieb zu erfüllen.“⁵⁶

Den Forderungen der EKB-Leitung entsprechend wurden die planungstechnischen Probleme aus dem Weg geräumt und Mitte der 1960er Jahre mit dem Bau der Werkssiedlung in Sandersdorf begonnen. Mit Hilfe des Wohnungsbaukombinates Glauchau konnten bis Ende 1967 rund 500 Wohnungen für die Beschäftigten des EKB fertiggestellt werden. Im Frühjahr 1968 fiel jedoch auf zentraler Ebene die Entscheidung, den Wohnungsbau in Sandersdorf zum 1. Januar 1969 einzustellen und das Wohnungsbaukombinat wieder im Bezirk Karl-Marx-Stadt einzusetzen. Für das EKB hätte das bedeutet, dass die bis 1970 geplanten 1 100 Wohnungen bei weitem nicht erreicht werden konnten. Damit nicht genug, sah der Wohnraumverteilungsplan des Rates des Bezirkes vor, von den 320 im Jahre 1968 gebauten Wohnungen lediglich 40 an das EKB zu vergeben, während der Rest an die Bauindustrie gehen sollte.⁵⁷

54 Ebd.

55 Studie des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld über die ökonomischen Vorteile des Wohnkomplexes Sandersdorf-Nord vom 19. 8. 1965 (BArch, DC 14443).

56 Ebd., S. 7.

57 Vgl. ebd.

Diese Informationen riefen sowohl bei der Belegschaft als auch bei der Betriebsleitung Unzufriedenheit und Unverständnis hervor, wobei Letztere erheblich unter Druck geriet. Die Zeit für erneute Interventionen war gekommen und rief abermals die Betriebsleitung in Person des Betriebsleiters, des Parteisekretärs der Betriebsparteiorganisation und des Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung auf den Plan. Als Zielperson der zentralstaatlichen Ebene wählte die Betriebsleitung diesmal den Professor für Filmkunst an der Deutschen Hochschule für Filmkunst Potsdam-Babelsberg, Hans Rodenberg. Während eines Aufenthaltes in Bitterfeld zog man Rodenberg als Mitglied des Staatsrates ins Vertrauen. Boethin und seine Kollegen spekulierten darauf, dass die Problemlage des EKB über Rodenberg an den Staatsratsvorsitzenden – also an Ulbricht persönlich – herangetragen würde.⁵⁸ Und tatsächlich brachte die an den Professor gerichtete Bitte, obwohl dieser keinerlei Bezug zum Bauwesen hatte, auf zentraler Ebene den Stein ins Rollen. Binnen acht Wochen hatten sich sowohl die Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED als auch zahlreiche Ministerien in die Sache eingeschaltet. Anfang Juni 1968 erteilte der führende SED-Wirtschaftssekretär Mittag sein Einverständnis zur Bildung einer Arbeitsgruppe, die die Probleme der Wohnraumversorgung im gesamten Bezirk Halle untersuchen sollte.⁵⁹ An dieser Stelle zeigte sich deutlich, dass die Belange der Betriebsdirektoren der großen Industriekombinate auf zentralstaatlicher Ebene wahrgenommen wurden und der engagierte Einsatz von Kombinateleitungen durchaus Früchte tragen konnte.

Über die Eingabe des EKB hinaus analysierte die einberufene zentrale Arbeitsgruppe in diesem Zusammenhang die Wohnraumsituation im gesamten Bezirk und vor allem die Arbeit der staatlichen Organe des Rates des Bezirkes und der Räte der Kreise. Hierbei bildeten nicht nur die Eingabe des EKB, sondern auch die Wohnungsversorgung der chemischen Kombinate insgesamt die Untersuchungsschwerpunkte. In dem 30-seitigen Bericht⁶⁰ hierzu fanden sich differenzierte Erkenntnisse zur Lage vor Ort. Die Forderungen der Betriebslei-

58 Vgl. Schreiben des Elektrochemischen Kombinates Bitterfeld an Gen. Professor Hans Rodenberg – Mitglied des Staatsrates – vom 25. 4. 1968 (SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.06/46).

59 Die Arbeitsgruppe setzte sich aus leitenden Staatsfunktionären der verschiedenen mit dem Wohnungsbau befassten Ministerien zusammen: Abteilungsleiter für Wohnungsbau in der Staatlichen Plankommission, Bereich Bauwesen und territoriale Planung – Kieser; Gruppenleiter aus dem Ministerium für die Anleitung und Kontrolle der Bezirks- und Kreisräte – Beutel; Abteilungsleiter im Ministerium für Bauwesen – Engemann; Abteilungsleiter im Ministerium für Chemische Industrie – Müller; Leiter der Bezirksbaudirektion des Bezirkes Halle – Gossing. Siehe hierzu die SED Hausmitteilung der ZK-Abteilung Grundstoffindustrie an Günter Mittag zur Bildung einer Arbeitsgruppe vom 5. 6. 1968 (SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/6.06/46).

60 Abschrift des Berichtes der Arbeitsgruppe zur Klärung des vom VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld an den Staatsrat der DDR gestellten Auftrages zur Verbesserung der Wohnraumsituation im Kreis Bitterfeld (LHASA, MER, M 501 Rat des Bezirkes Halle Nr. 8960, Bl. 1–30).

tung, das Wohnungsvorhaben in Sandersdorf fortzusetzen, fand aus wirtschaftlichen Gründen keine Zustimmung. In Bitterfeld musste man sich mit dieser Entscheidung abfinden.⁶¹

Die Untersuchung zeigte weiterhin, dass die Beschwerde des EKB, gegenüber den VEB Leuna-Werken und den VEB Chemischen Werken Buna benachteiligt zu sein, haltlos war. Die beiden größeren Chemiekombinate verfügten durchaus über einen größeren werkseigenen Wohnungsbestand, aber gemessen an der Gesamtbeschäftigtenzahl und den wohnungssuchenden Betriebsmitgliedern glich sich das Verhältnis wieder aus.⁶² Den Vorteil hatten die Leuna- und Buna-Werke jedoch hinsichtlich langfristiger Zusagen. Im Rahmen der Perspektivpläne erhielten sie konkrete Angaben sowohl über die Höhe der Wohnungskontingente als auch über die vorgesehenen Standorte, was vor allem den zentralen Festlegungen zu Halle-Neustadt geschuldet war.⁶³ Die im Bezirk Halle vorherrschenden Planungsunsicherheiten und häufigen Veränderungen bei den übrigen Standortfestlegungen für den staatlichen Wohnungsbau der 1960er Jahre brachten für das EKB eine Reihe von Unsicherheiten. Das Chemiekombinat gehörte nicht zu den Bedarfsträgern in Halle-Neustadt, weswegen die Betriebsleitung ihrer Belegschaft nur schwer langfristige Perspektiven zur Wohnraumversorgung aufzeigen konnte.⁶⁴

Neben diesen ernüchternden Ergebnissen konnte die Betriebsleitung des EKB jedoch auch Erfolge verbuchen. Durch den Rat des Bezirkes erhielt sie die Zusage über jeweils 50 Wohnungen in Dessau für die Jahre 1969 und 1970. Darüber hinaus sollte spätestens Anfang 1970 wie ursprünglich geplant das Verfügungsrecht über 110 Wohnungen in Sandersdorf von der Bauindustrie an das EKB übergehen. Demnach sollte das Bitterfelder Chemiekombinat insgesamt 50 Wohnungen mehr als noch 1967 vereinbart erhalten.⁶⁵ Obwohl nicht alle Anliegen der Betriebsleitung im eigenen Interesse entschieden wurden, zahlte sich der Einsatz somit letztendlich doch aus.

Aber nicht nur im Aushandlungsprozess mit den übergeordneten staatlichen Organen traten die Betriebsdirektoren und -leitungen als Interessenvertretungen für die wohnungspolitischen Belange ihrer Belegschaften auf. So gab es mitunter für die Betriebe die Möglichkeit, auf bereits erschlossenem Bauland eigenständig Wohnbauten zu planen und zu finanzieren – die sogenannten „Initiativbauten“. Auch hierbei hing viel vom persönlichen Engagement, dem Aushandlungs- und Improvisationsgeschick sowie den formellen und informellen Netzwerken der betriebsleitenden Wirtschaftsfunktionäre ab. Ein guter Draht zum Direktor des Wohnungsbaukombinates als dem bauausführenden Betrieb war hierbei vielfach vorteilhaft. Beispielsweise erhielten die Betriebe in der zweiten Hälfte der

61 Vgl. ebd., Bl. 23.

62 Vgl. ebd., Bl. 2–6, 25.

63 Vgl. ebd., Bl. 23.

64 Vgl. ebd., Bl. 25.

65 Vgl. ebd., Bl. 24.

1960er Jahre die Möglichkeit, am Standort Wolfen-Nord, wo der staatliche Wohnungsbau eingestellt werden sollte, in Zusammenarbeit mit dem Bezirksbauamt und dem Wohnungsbaukombinat Wohnblöcke zu errichten. Hier lag es an den Betriebsdirektoren die dazu nötigen Vorkehrungen zu treffen, die Vereinbarungen auszuhandeln, eigene finanzielle Mittel bereit zu stellen, die kombinatseigenen Baukapazitäten zu organisieren und deren Einsatz zu planen. Auch hier zeigte die Betriebsleitung des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld Initiative und verließ sich nicht nur auf die Zuteilungen aus dem ohnehin zu geringen staatlichen Wohnungsbaukontingent. Beispielsweise verhandelte die Betriebsleitung des Bitterfelder Chemiekombinates 1968 mit dem Rat des Bezirkes über den Bau von 250 zusätzlichen Wohnungen bis 1970 für das Werk in Wolfen-Nord. In Kooperation mit dem VEB Farbenfabrik Wolfen wollte man nach der Anfertigung und Montage der Blöcke durch das Wohnungsbaukombinat Halle den gesamten Ausbau durch eigene Handwerkskapazitäten in Höhe von 4 Mio. DM durchführen.⁶⁶

In Eigeninitiative führte auch die Betriebsleitung des bereits erwähnten VEB Gummiwerke Elbe 1964/65 erfolgreiche Verhandlungen mit der übergeordneten Volkseigenen Vereinigung Gummi und Asbest über den Bau von 40 Wohnungen auf dem eigenen Betriebsgelände. Das übergeordnete Wirtschaftsverwaltungsorgan hatte sich bereit erklärt, die Kosten zu übernehmen und dem Rat des Bezirkes die notwendigen Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Trotz der gemachten Zusagen konnte sich der Betriebsleiter nicht entspannt zurücklehnen. Vielmehr fürchtete er, die 40 Wohnungen würden von den zuständigen Organen des Bezirksrates nicht als zusätzliche Eigeninitiative anerkannt, sondern als Bestandteil des vorgesehenen staatlichen Kontingentes des Betriebes für den Planungszeitraum bis 1970 vereinnahmt. So betonte er gegenüber dem Vorsitzenden des Rates des Kreises Wittenberg ausdrücklich: „Die Finanzierung von 40 WE [Wohneinheiten, Anm. d. Verf.] kommt für uns nur dann in Frage, wenn diese voll und ohne Anrechnung auf das normale Wohnkontingent im Perspektivplan dem Gummiwerk zur Verfügung stehen.“⁶⁷ Die hier geäußerten Bedenken waren nicht unbegründet. Mitunter entzogen die staatlichen Organe den Betrieben in Eigeninitiative errichtete Wohngebäude – selbst auf Werksgebänden –, um sie der staatlichen Wohnraumvergabe zu unterstellen.⁶⁸ Auch hier lag es an der Durchsetzungskraft der Kombinatdirektoren und Betriebsleiter, die eigenen Rechte und Interessen durchzusetzen.

66 Vgl. ebd., Bl. 26.

67 Schreiben der Gummiwerke Elbe an den Vorsitzenden des Rates des Kreises Wittenberg zum Wohnungsbauprogramm bis 1970 vom 14.4.1965, (LHASA, MER, P 516, IV/A-2/6/23, Bl. 6).

68 Vgl. ebd.

VI. Fazit

Wie an den ausgeführten Beispielen gezeigt wurde, fügten sich die wirtschaftsleitenden Funktionäre in das politische und planwirtschaftliche System der DDR ein. Als Mitglieder der DDR-Funktionseleite bildeten sie, wenn auch von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, wichtige Garanten für die Verfolgung der wirtschaftspolitischen Ziele der SED. Sich dieser Stellung durchaus bewusst, nahmen sie jedoch häufig betriebseigene Interessen wahr und beanspruchten insbesondere gegenüber den staatlichen Verwaltungsorganen gewisse Handlungsspielräume zur Lösung ihrer fachlichen und sozialpolitischen Aufgaben. Zu Letzteren gehörte auch die Versorgung der Belegschaften mit Wohnraum. Die Betriebsleitungen und Werkleiter der Chemiekombinate traten angesichts der vorherrschenden Wohnungsnot gegenüber übergeordneten staatlichen Stellen als selbstbewusste Interessenvertreter ihrer Arbeiter und Angestellten auf. Nicht selten nutzten sie hierfür informelle Netzwerke, um auf die eigenen sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang kann es nicht verwundern, dass die Kombinatdirektoren und Werksleitungen die regionalen Parteiorgane – insbesondere die leitenden Funktionäre der SED-Bezirksleitung – als geeignete Ansprechpartner zur Lösung der eigenen Wohnungsversorgungsprobleme ansahen, wenn bei vorhergehenden Verhandlungen mit den staatlichen Verwaltungsorganen nicht die gewünschten Resultate erzielt werden konnten. Darüber hinaus bildete die SED-Bezirksleitung das regionale Machtzentrum, von dem aus korrigierend in die Arbeit der Bezirksverwaltungsorgane eingegriffen werden konnte bzw. häufig auch wurde.

Im Gegenzug machen die Vorgänge rund um die Eingabe des EKB auch deutlich, dass die Kombinatdirektoren und Betriebsleitungen als wirtschaftsleitende Führungskräfte von den entsprechenden Parteiorganen wie auch den zentralstaatlichen Verwaltungsorganen durchaus ernst genommen wurden. Im Sinne der volkswirtschaftlichen Stärkung der DDR sollte den Wirtschaftsleitern vor allem auf sozialpolitischem Feld Unterstützung in ihrer Arbeit gewährt werden.

